

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 22.01.2025
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 16:42 Uhr Ende öffentlicher Teil 16:42 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigegeführten Anlagen.

Niederschriftführerin

Vorsitzender

Kristina Geiger

Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld

als Vorsitzender

Jordan, Timo
Hoffmann, Sven
Bender, Jonas

Erster Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate
Bauernschmitt, Natalie
Bechtel, Torsten
Dörr, Dieter
Groß, Birgit
Jaworek, Thomas, Dr.
Kretner, Ralf
Meyer, Tobias
Rüttger, Frank
Scarmato, Mimmo
Schanzenbäcker, Elke
Schuler, Katharina
Steiniger, Johannes
Wagner, Klaus
Wolf, Markus

Mitglieder SPD-Fraktion

Fliescher, Susanne
Glogger, Christoph
Mackensen-Geis, Isabel
Schenk, Stephan
Spies, Christoph
Trösch, Ralf
Wode-Buser, Martina

Mitglieder AfD-Fraktion

Dietzen, Franz-Josef, Dr.
Jünger, Frank
Kräher, Wolfgang
Minges, Karin
Nieland, Iris
Stephan, Thomas

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Gauch, Hanns
Kronemayer, Kay
Stähly, Johannes

Mitglieder Bündnis 90 / Die Grünen

Bär, Eva
Blöhs, Joachim

Magez, Pirmin
Schranck, Andrea
Werner, Pia
Mitglieder FDP-Fraktion
Bühler, Manfred, Dr.
Mitglieder BSW-Fraktion
Weilacher, Fritz

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder SPD-Fraktion

Einholz, Doris	(fehlte entschuldigt)
Gwozdz, Isabella	(fehlte entschuldigt)

Mitglieder AfD-Fraktion

Stuhlfauth, Peter	(fehlte entschuldigt)
-------------------	-----------------------

Mitglieder FWG-Fraktion

Freunscht, Jürgen	(fehlte entschuldigt)
Oberholz, Jürgen	(fehlte entschuldigt)

Mitglieder FDP-Fraktion

Dick-Walther, Petra	(fehlte entschuldigt)
---------------------	-----------------------

Mitglieder BSW-Fraktion

Hedtke, Dirk	(fehlte entschuldigt)
--------------	-----------------------

Verwaltung:

Herr Schmitt,	Ltd. Staatl. Beamter
Frau Thomas,	Abteilung 1
Frau Geiger,	Abteilung 1, Niederschriftführerin
Herr Heil,	Abteilung 1
Herr Schneider,	Controlling
Frau Koterba-Göbel,	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Hatzfeld,	Vorsitz Personalrat
Frau Estelmann,	Pressereferentin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 289/2024
2. Durchführung einer prozessbasierten Personalbedarfsermittlung in der gesamten Verwaltung; Vergabebzuschlag
Vorlage: 198/2024/1
3. Ausschreibung der Stelle der / des hauptamtlichen Kreisbeigeordneten des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 001/2025
4. Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN: Bericht Naturschutzbeirat

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Herr Landrat Ihlenfeld, dass die Anfrage der FWG-Fraktion zur Kita-Finanzierung aufgrund weiteren Klärungsbedarfs nicht zur Tagesordnung genommen wurde.

Der Vorsitzende weist weiter darauf hin, dass diese Sitzung gem. § 1a der Hauptsatzung des Landkreises Bad Dürkheim live im Internet zu sehen ist (Livestream) und im Nachgang einen Monat lang im Youtube-Kanal des Landkreises abrufbar bleibt. Ausschließlicher Aufnahmebereich ist der Vorstandstisch und das Rednerpult. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass jede Person im Raum jederzeit einer Aufnahme der vor ihr getätigten Äußerungen widersprechen kann, die Aufnahme bzw. das Livestreaming wird in diesem Fall für die Dauer des Beitrages der betreffenden Person ausgeschaltet.

Verschiedenes:

Der Vorsitzende unterrichtet den Kreistag über den Sicherheitsvorfall in Form eines Cyberangriffs auf die Carl-Orff-Realschule. Er verliest in diesem Zusammenhang die zuletzt abgesetzte Presseerklärung der Kreisverwaltung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde diese durch einstimmigen Beschluss um den Dringlichkeitspunkt „Durchführung einer prozessbasierten Personalbedarfsermittlung in der gesamten Verwaltung; Vergabebzuschlag“ (neue Vorlage 198/2024/1) ergänzt.

Weitere Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung lagen nicht vor. Diese wurde sodann festgesetzt.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Drucksache **289/2024**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 22.01.2025

Sitzung / Abstimmung:

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☒ mit Stimmenmehrheit	☐ über Umlaufverfahren
31 JA-Stimmen	6 Nein-Stimmen	3 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: 289/2024

Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2025 werden in der vorbereiteten Form beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende geht in seiner Haushaltsrede auf den Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 24,13 Mio. € ein und erläutert die Anstrengungen und Einsparungen, welche zu einer Reduzierung, jedoch nicht zum umfänglichen Ausgleich des Haushaltes beigetragen haben.

Er erklärt, dass die Verwaltung Vorschläge machen wird an welchen Stellen Standards reduziert und Verfahren vereinfacht werden können. Er geht explizit auf die Gründe der Unterdeckung ein und erläutert diese im Detail. Er erläutert die Herausforderungen bei der Finanzierung des Haushaltes aufgrund der geänderten

gesetzlichen Rahmenbedingungen und dem kommunalen Finanzausgleich. Er betont, dass die Kommunen seit Jahren für eine verlässliche Finanzierung kämpfen und verweist auf Urteile des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, die eine Anpassung erforderlich machten. Das neue System, das seit 2023 gilt, basiert auf einer Bedarfsberechnung und verändert die Schlüsselzuweisungen. Dies führe zwar zu Mehreinnahmen beim Landkreis, reiche jedoch nicht aus, um alle Kosten zu decken.

Der Vorsitzende geht insbesondere auf den zusätzlichen Bedarf im Bereich der Sozialleistungen sowie die gestiegenen Kosten durch Tarifierhöhungen ein.

Bezüglich der Personalkosten im Kita-Bereich erklärt er, dass noch kein Verhandlungsergebnis vorliege. Dies stelle ein sehr kostenträchtiges Thema dar, was bei einer stärkeren Finanzierung durch den Kreis entweder zu einer Erhöhung der Kreisumlage oder der Einführung einer Sonderumlage führen würde.

Er geht auf die Entschuldung im Rahmen der Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen Rheinland-Pfalz (PEK) ein. Durch die Teilnahme, konnte man einmalig Liquiditätskredite in Höhe von 42,3 Mio. € abbauen. Dies sei eine wertvolle Maßnahme gewesen, welche allein jedoch nicht zur Entschuldung geführt habe. Bei der jetzigen Haushaltslage, sei die Entlastung durch die PEK in zwei Jahren bereits aufgebraucht.

Er verweist explizit auf die Leistungen und Projekte des Kreises, welche durch die Verwaltung umgesetzt werden und betont das zielgerichtete Handeln und die vielen Aufgaben, die der Kreis für seine Bürgerinnen und Bürger erbringt.

Da der Kreis Bad Dürkheim zu einem überwiegenden Teil Pflichtaufgaben zu erledigen habe, sei die Bundes-/ bzw. Landepolitik gefragt hinsichtlich der Finanzierung dieser Aufgaben.

Der Vorsitzende stellt den Haushalt zur Diskussion.

Herr Wolf trägt für die CDU-Fraktion vor, dass es wenig Gestaltungsspielraum gäbe, da ein Großteil der Aufgaben aus Pflichtaufgaben bestehe. Er erklärt, dass man dennoch versucht, diese kleinen Spielräume zu nutzen und dies in der Vergangenheit auch getan habe. Er stellt in diesem Zusammenhang verschiedene Teilbereiche und Projekte heraus. Der Bund und das Land seien gefordert, um künftig eine ausreichende Finanzierung der Pflichtaufgaben sicherzustellen. Es müssten darüber hinaus jedoch eigene Einsparmaßnahmen ausgemacht werden. Eine Erhöhung der Kreisumlage sei nicht zielführend. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittrage.

Herr Glogger greift die zuletzt stattgefundene Veranstaltung zur Kreisentwicklung auf. Es seien verschiedene Bereiche, wie Wohnraum oder ÖPNV thematisiert worden. Diese Bereiche sollten künftig mehr in den Fokus genommen werden. Man müsse Priorität darauf legen, handlungsfähig zu bleiben. Eine weitere Erhöhung der Kreisumlage wird seitens der SPD-Fraktion nicht befürwortet. Man solle

Maßnahmen wie die Personal- und Organisationsuntersuchung nutzen um Schwachstellen auszumachen, von der interkommunale Zusammenarbeit profitieren und Veränderungs-/Verbesserungspotenzial, z.B. bei der Digitalisierung nutzen. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt in der vorgelegten Form zustimmen.

Herr Gauch erklärt für die FWG-Fraktion, dass sich die schlechte Entwicklung der Haushaltslage der Vorjahre nunmehr fortsetze. Er betont, dass der Haushalt ordentlich aufgestellt sei. Er spricht sich dafür aus, die Kreisumlage nicht zu erhöhen und verweist darauf, dass man sich im Kreistag grundsätzlich darüber einig sei, dass es zu viele Aufgaben von Bund und Land aber zu wenig finanzielle Unterstützung gäbe. Er erläutert die langjährigen strukturellen Probleme. Es sei zwingend erforderlich Standards abzubauen und die Zahlungsverpflichtungen der Kommunen zu reduzieren. Die Daseinsvorsorge der Bevölkerung müsse sichergestellt werden auch wenn dazu alle Prozesse auf Einsparpotenzial überprüft werden müssten.

Er spricht sich für die Digitalisierung, eine Vereinfachung von Prozessen und für die interkommunale Zusammenarbeit aus. Die FGW-Fraktion werde dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Herr Stephan erklärt für die AfD-Fraktion, dass die finanziell angespannte Situation so gut wie alle Kommunen betreffe, was sich bereits vor Jahren abgezeichnet habe. Ein Ende dieser defizitären Entwicklung sei nicht in Sicht. Er geht auf den Brief des Landrates aus 2024 an die damalige Ministerpräsidentin ein, worin die Probleme und Herausforderungen der Landkreise und Kommunen hervorgehoben wurden. Die AfD-Fraktion befürwortet die angestrebte Personalbedarfsermittlung.

Die AfD-Fraktion stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung:

- 1. Alle zukünftigen Arbeitsverträge, welche die Kreisverwaltung abschließt und die mit Fördergeldern teil- oder vollfinanziert werden, enthalten zukünftig eine automatische Beendigungsklausel nach Ablauf der Förderung.**

Er erklärt darüber hinaus, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierungskommission alle Ein- und Ausgaben auf den Prüfstand gestellt wurden und sich das Ergebnis im Haushaltskonsolidierungskonzept wiederfinde. Sowohl die darin vorgeschlagenen Maßnahmen als auch eine Erhöhung der Kreisumlage würde nicht zu einem Ausgleich führen.

Die AfD-Fraktion beantragt folgenden Beschluss:

- 2. Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung Klage wegen Unterfinanzierung und Verletzung des Konnexitätsprinzips gegen das Land Rheinland-Pfalz vor dem zuständigen Gericht zu erheben. Die Kreisverwaltung soll dazu eine Leistung aus dem Haushalt identifizieren, die von Seiten des Landes chronisch unterfinanziert ist. Alternativ kann sich der Kreis der Klage einer anderen Kommune anschließen.**

Er erklärt, dass die AfD-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen werde, soweit Ihre Anträge positiv beschlossen werden.

Frau Werner erklärt für die Fraktion B90/DIE GRÜNEN, dass das Defizit aus den zahlreichen Pflichtausgaben erwachsen sei. Sie beleuchte einzelne Bereiche und spricht sich für Entschuldung durch das Land und den Bund aus. Man könne das Defizit aus eigener Kraft nicht mehr ausgleichen, Einsparpotenziale seien nicht vorhanden. Sie spricht sich klar gegen eine Schuldzuweisung gegenüber Minderheiten, insbesondere gegen Geflüchtete aus. Diese seien nicht für die finanziellen Probleme verantwortlich zu machen.

Herr Dr. Bühler nimmt für die FDP-Fraktion zum vorgelegten Haushaltsentwurf Stellung und misst dem Handlungsbedarf des Kreises besondere Bedeutung bei. Sämtliche Ausgaben müssten auf den Prüfstand gestellt werden und Einnahmen konsequent überwacht werden. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei eine Umstrukturierung der Kreisspitze erforderlich, so sei die Stelle des ehrenamtlichen Beigeordneten abdingbar. Die Aufgaben innerhalb der Verwaltung sollten effizienter verteilt werden. Die Nutzung moderner Technologie wie KI könne langfristig Personalkosten sparen. Der Landkreis solle durch Transparenz die Arbeit der Verwaltung nachvollziehbar machen und diese einmal im Jahr darlegen. Die Kreisumlage nicht zu erhöhen findet seitens der FDP-Fraktion Zustimmung und biete den Gemeinden Planungssicherheit. Die FDP-Fraktion werde dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Der Vorsitzende geht auf den angesprochenen Brief ein und erklärt, dass dieser von allen kommunalen Mandatsträgern unterzeichnet worden sei. Ein solcher Brief solle auch in diesem Jahr nochmals verfasst werden.

Er greift den unter 1) beschriebenen Antrag der AfD-Fraktion auf und verweist auf das Teilzeit- und Befristungsgesetz. Er erklärt, dass Stellen welche an Fördergelder geknüpft seien bereits entsprechend gesetzeskonform befristet werden.

Bezüglich des Antrages zu 2), gibt der Vorsitzende zu Protokoll, dass man sich darauf verständigt habe die Gerichte nicht mit Klagen zu fluten, sondern über die Spitzenverbände einzelne Kommunen gezielt auszusuchen wolle, welche sodann Klage erheben. Durch dieses Vorgehen könne man die eigenen Interessen zielgerichtet vertreten ohne die Justiz lahmzulegen.

Die Sitzung wird kurzzeitig von 16:07 bis 16:13 Uhr unterbrochen.

Der Vorsitzende geht auf die beiden Anträge der AfD-Fraktion ein. Die AfD-Fraktion erklärt, dass der Antrag zu 1) aus dem Wortlaut des Haushaltskonsolidierungspapiers entstanden sei, da hier von „soll“ die Rede gewesen ist. Dies habe zu Unsicherheit geführt. Durch die nunmehr erfolgten Erläuterungen zu der durchgeführten Praxis ziehe man den Antrag zu 1) zurück, da das Anliegen bereits erfüllt sei.

Der Vorsitzende verliest den Antrag zu 2) der AfD-Fraktion erneut.

Herr Wolf erklärt für die CDU-Fraktion, dass man den Klageweg grundsätzlich bestreiten könne, allerdings nur nach Abstimmung mit den Spitzenverbänden und dem Landkreistag. Dieses Vorgehen sei zielgerichtet und wahre die Interessen des Kreises. In diesem Fall können man die Erfolgsaussichten zudem besser abschätzen.

Der Vorsitzende erklärt nochmals, dass man sich an den Entscheidungen und den Absprachen mit den Spitzenverbänden und dem Landkreistag bezüglich einer Klageerhebung orientieren sollte.

Herr Ihlenfeld lässt sodann über den Antrag zu 2) abstimmen.

Beschluss: Der Kreistag lehnt den Antrag der AfD-Fraktion mehrheitlich bei 34 Nein-Stimmen und sechs Ja-Stimmen ab.

Der Vorsitzende weist auf den Austausch der Seiten 640 bis 642 im Vergleich zum Haushaltsentwurf (Stand 16.01.2025) hin und lässt sodann über den TOP 1 „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025“ abstimmen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **198/2024/1**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 22.01.2025

Sitzung / Abstimmung:

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☒ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit	☐ über Umlaufverfahren
39 JA-Stimmen	_ Nein-Stimmen	_ Enthaltungen

Tagesordnung:

Durchführung einer prozessbasierten Personalbedarfsermittlung in der gesamten Verwaltung; Vergabezuschlag
Vorlage: 198/2024/1

Beschluss:

Aufgrund der Auswertung der Vergabeunterlagen sowie der Konzeptvorstellung der drei Bietenden wird der Auftrag zur Durchführung einer prozessbasierten Personalbedarfsermittlung an die Firma BSL Managementberatung vergeben.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Frau Fliescher ist bei der Beschlussfassung nicht zugegen.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **001/2025**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 22.01.2025

Sitzung / Abstimmung:

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☒ entscheidend ☐ beratend	☒ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☒ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☒ mit Stimmenmehrheit	☐ über Umlaufverfahren
36 JA-Stimmen	3 Nein-Stimmen	1 Enthaltungen

Tagesordnung:

Ausschreibung der Stelle der / des hauptamtlichen Kreisbeigeordneten des
Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 001/2025

Beschluss:

Die Stelle der / des Kreisbeigeordneten soll öffentlich ausgeschrieben werden.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende verweist auf die Ausschreibung und die bevorstehende Wahl des Beigeordneten. Man habe in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen mit allen drei Beigeordneten und der Übernahme der Geschäftsbereiche gemacht und möchte an dieser Struktur festhalten.

Die Kosten der Ausschreibung sowie ein möglicher Verzicht der Ausschreibung gemäß § 47 Abs. 6 LKO werden diskutiert.

Herr Dr. Bühler stellt für die FDP-Fraktion den Antrag von der Möglichkeit des §47 Abs. 6 LKO mittels eines Beschlusses des Kreistages mit einer Mehrheit von zwei Dritteln Gebrauch zu machen und von der Ausschreibung abzusehen.

Herr Landrat Ihlenfeld erklärt, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag der Kreisverwaltung um einen weitergehenden Beschluss handle. Soweit diesem nicht zugestimmt werden sollte, lasse er über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Kreistag fasst mehrheitlich den Beschluss entsprechend der Beschlussvorlage.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 22.01.2025

Sitzung / Abstimmung:

☐ öffentlich ☐ nichtöffentlich	☐ entscheidend ☐ beratend	☐ offen ☐ geheim ☐ namentlich
☐ laut Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss	☐ Empfehlung an den Kreistag
☐ einstimmig	☐ mit Stimmenmehrheit	☐ über Umlaufverfahren
☐ JA -Stimmen	☐ Nein -Stimmen	☐ Enthaltungen

Tagesordnung:

Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN: Bericht Naturschutzbeirat

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 27 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Frau Schranck erläutert den Antrag für die Fraktion B90/DIE GRÜNEN.

Der Vorsitzende verweist auf die rechtliche und inhaltliche Prüfung des Antrages durch die Verwaltung und erklärt, dass der Beirat kein Gremium des Landkreises als Selbstverwaltungskörperschaft oder des Kreistages oder seiner Ausschüsse sei.

Eine Berichtspflicht gegenüber dem Kreistag oder anderen Gremien oder Organen des Landkreises bestehe nicht. Eine Verpflichtung zur Berichterstattung sei weder gesetzlich vorgesehen noch könne der Kreistag eine solche durch Beschluss anordnen oder erzwingen. Die Wahrnehmung der Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde und in diesem Zusammenhang auch die Bildung des Beirates für Naturschutz sei eine Auftragsangelegenheit, demnach eine vom Land auf die

Kreisebene übertragene staatliche Aufgabe. Sie sei daher dem Zugriff der Kreisgremien entzogen. Der Antrag sei daher unzulässig.

Frau Schranck nimmt daraufhin den Antrag der Fraktion zurück.